

# Inhaltsübersicht

<b>§ 1 Motive für eine Zuständigkeitsverlagerung</b>	23
A. Die Grenzen der Betriebsverfassung	23
B. Bedürfnis der Praxis nach Flexibilität im Binnenverhältnis der Betriebsverfassung?	26
C. Zuständigkeitskonflikte	30
<b>§ 2 Prinzipien der Zuständigkeitsordnung</b>	36
A. Ausgangszuständigkeit der Einzelbetriebsräte	36
B. Lückenlosigkeit und Überschneidungsfreiheit	40
C. Orientierung am Regelungsgegenstand	52
D. Aufwärtsdelegation	60
<b>§ 3 Voraussetzungen originärer Zuständigkeit</b>	66
A. Grundlage: Angelegenheit	67
B. Anwendungsbereich: Betriebs- oder unternehmensübergreifende Betroffenheit	91
C. Abgrenzungskriterium: Nichtregelinkönnen	96
D. Zwischenergebnisse § 3	110
<b>§ 4 Zuständigkeitsverlagernde Systementscheidung</b>	113
A. Entschließung und Ausgestaltung	113
B. Zuständigkeit auf der Entschließungsstufe	117
C. Zuständigkeit für die Ausgestaltung	152
D. Gestaltung des Regelungsgegenstands am Beispiel ausgewählter Rechte	153
E. Zwischenergebnisse § 4	159
<b>§ 5 Rechtsfolgen der Zuständigkeitsverlagerung</b>	162
A. Schicksal von Betriebsvereinbarungen	162
B. Schicksal von Regelungsabreden	219
C. Zwischenergebnisse § 5	222
<b>§ 6 Überblick: Zuständigkeitsverlagerung durch Umorganisation und Umstrukturierungen</b>	226
A. Zusammenhang von Organisations- und Vertretungsstruktur	226

B. Veränderungen auf Betriebsebene .....	227
C. Veränderungen auf Unternehmensebene .....	236
D. Veränderungen auf Konzernebene .....	238
<b>§ 7 Zuständigkeitswechsel und Verfahren .....</b>	<b>247</b>
A. Schicksal laufender Verfahren bei Zuständigkeitswechsel .....	247
B. Kontrolle der Systementscheidung .....	264
<b>Ergebnisse .....</b>	<b>266</b>
<b>Anlage: Fragenkatalog .....</b>	<b>275</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>277</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>291</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Motive für eine Zuständigkeitsverlagerung</b>	23
A. Die Grenzen der Betriebsverfassung	23
I. Praxisbeispiel IBM	23
II. Regelungsebenen und Gegenstand der Abgrenzung	25
B. Bedürfnis der Praxis nach Flexibilität im Binnenverhältnis der Betriebsverfassung?	26
I. Motive für eine Zuständigkeitsverlagerung	26
II. Rückkoppelung mit der Praxis	28
C. Zuständigkeitskonflikte	30
I. Vertikale Ordnung	30
1. Regelungsebenen des BetrVG	30
2. Arbeitsgruppen (§ 28a BetrVG)	31
II. Horizontale Ordnung	32
1. Rechtliche Zuständigkeitswirkung	32
2. Verteilungs- und Selektionswettbewerb	33
3. Grenzen des „Betriebs“	35
<b>§ 2 Prinzipien der Zuständigkeitsordnung</b>	36
A. Ausgangszuständigkeit der Einzelbetriebsräte	36
I. Subsidiarität als Ordnungsgedanke	36
II. BetrVG als Grundlage und Grenze	39
B. Lückenlosigkeit und Überschneidungsfreiheit	40
I. Orientierung an der Leitungsmacht	40
II. Durchbrechung der lückenlosen Teilhabe	41
1. Fehlende Betriebsratserrichtung	41
2. Untätigkeit des zuständigen Betriebsrats	43
a) Fehlende Erzwingbarkeit der Beteiligung	43
b) Wirksamkeit einseitiger Maßnahmen des Arbeitgebers	44
(1) Hinreichender Versuch der Beteiligung	44
(2) Verwirkung der Beteiligung	45
(3) Zwang zur Erzwingung	46
c) Untätigkeit bei freiwilliger Mitbestimmung	47
d) Untätigkeit bei Auftragszuständigkeit	47
3. Auffang- oder Ersatzzuständigkeit	48

a) Gesetzliche Auffang- und Ersatzzuständigkeit .....	48
b) Widerspruch zu materieller Kompetenzordnung .....	49
III. Überschneidungsfreiheit .....	50
1. Konkurrierende Zuständigkeit .....	50
2. Rahmen- und Ausfüllungskompetenz .....	51
C. Orientierung am Regelungsgegenstand .....	52
I. Abdingbarkeit durch die Betriebsparteien .....	53
1. Unverbindliche Empfehlung .....	53
2. Genehmigung des zuständigen Betriebsrats .....	54
3. Anerkennungsbetriebsvereinbarung .....	55
II. Präjudizielle Wirkung der Zuständigkeitsfeststellung .....	56
III. Vermutung, Zweifel oder Beweislast .....	57
IV. Gestaltung der Regelungsaufgabe als Kompetenzvorfrage .....	58
1. Zuständigkeitswahl des Arbeitgebers bei freiwilliger Beteiligung? ..	58
2. Tarifliche Kompetenzzuweisung .....	59
D. Aufwärtsdelegation .....	60
I. Auftragszuständigkeit als Behandlungsmandat .....	60
1. Keine Zuständigkeitsübertragung .....	60
2. Einheitlichkeit nach paralleler Delegation .....	62
II. Abwärtsdelegation .....	63
1. Regelungskonzentration oder Teilung? .....	63
2. Abwärtsdelegation freiwilliger Mitbestimmung .....	64
3. Abwärtsdelegation zur Detailregelung .....	64
<b>§ 3 Voraussetzungen originärer Zuständigkeit .....</b>	<b>66</b>
A. Grundlage: Angelegenheit .....	67
I. Funktionen .....	67
1. Einfallstor betrieblicher Regelungssachverhalte .....	67
2. Realisierung des Subsidiaritätsprinzips .....	68
II. Teilbarkeit der Angelegenheit .....	69
1. Das Beteiligungsrecht als äußere Grenze .....	69
2. Rahmen- und Ausfüllungskompetenz .....	70
a) Originäre Zuständigkeit .....	72
(1) Nichtregelnkönnen auf höherer Regelungsebene .....	72
(2) Rahmenzuständigkeit in freiwilligen Angelegenheiten .....	75
b) Originäre und abgeleitete Zuständigkeit .....	75
(1) Abwärtsdelegation der Detailregelung .....	75
(2) Rahmendelegation „nach oben“ .....	76
3. Kumulation von Beteiligungsrechten .....	76
a) Überlagerung oder Verklammerung von Beteiligungsrechten ...	76

b) Inhaltliche Konnexität von Beteiligungsrechten .....	77
c) Aufleben überlagerter oder verklammerter Beteiligungsrechte ..	77
4. Annexkompetenz .....	78
5. Kern und „Peripherie“ der Mitbestimmung? .....	80
a) Einräumen von Entscheidungsspielraum .....	81
(1) Ermächtigung durch den zuständigen Betriebsrat .....	82
(2) Leistungsbestimmung .....	84
(a) Keine Detailregelung .....	84
(b) Verbrauch des Beteiligungsrechts .....	85
b) Rechtsgrundlage .....	85
c) Beteiligung auf anderer Regelungsebene .....	86
(1) Freiwilligkeit als Erfordernis .....	86
(2) Ermächtigungsgrundlage: Öffnungsklausel .....	86
(a) Vergleich zur Tariföffnung .....	87
(b) Vereinbarkeit mit der Zuständigkeitsordnung .....	88
(c) Freiwillige Beteiligung versus Überwachungspflicht ..	89
6. Die Beschaffung von Detailinformationen .....	90
III. Reichweite des zwingenden Erfordernisses und Geltungsbereichsgrenze	90
B. Anwendungsbereich: Betriebs- oder unternehmensübergreifende Betroffen-	
heit .....	91
I. Funktion .....	91
II. Beurteilungsperspektive .....	93
1. Planung vor und im Mitbestimmungsverfahren .....	93
2. Betroffenheit nach Abschluß des Verfahrens .....	95
C. Abgrenzungskriterium: Nichtregelnkönnen .....	96
I. Ultra-vires-Grundsatz .....	96
II. Die „unmögliche Regelung“ .....	96
1. Wortlautauslegung: Unvermögen .....	96
2. Objektive Unmöglichkeit .....	97
3. Parallelvereinbarung als Alternative .....	98
4. Kein Restriktionsgebot .....	100
III. Zwingendes Erfordernis .....	100
1. Funktionen .....	100
a) Konzentration auf einen Grund für übergreifende Zuständigkeit	100
b) Sachlichkeit .....	101
c) Mitbestimmungsfunktionalität .....	101
2. Richterliche Umsetzung des Nichtregelnkönnens .....	102
a) Abstrakte Umsetzung .....	102
b) Rechtsprechung des BAG .....	104
3. „Fälle“ des zwingenden Erfordernisses .....	105

a) Beteiligungsrechte mit reinem Betriebsbezug .....	105
b) Überbetriebliche Verteilungsdimension .....	106
c) „Gesamtunternehmen“ und „Konzern“ .....	107
(1) Zuständigkeitsbereich oder Klarstellung? .....	107
(2) Die Betroffenheit des Gesamtunternehmens .....	108
(3) Was vom zwingenden Erfordernis bleibt .....	109
D. Zwischenergebnisse § 3 .....	110
<b>§ 4 Zuständigkeitsverlagernde Systementscheidung .....</b>	<b>113</b>
A. Entschließung und Ausgestaltung .....	113
I. Reichweite der Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten .....	114
II. Geringe Durchsetzungsmacht in personellen Angelegenheiten .....	115
III. Sonderregelung für wirtschaftliche Angelegenheiten .....	115
B. Zuständigkeit auf der Entschließungsstufe .....	117
I. Voraussetzungen der Systementscheidung .....	117
II. Systementscheidung bei paritätischer Mitbestimmung .....	117
1. Systementscheidung des Betriebsrats .....	117
a) Rechtsprechungsbeispiel „Unternehmenseinheitliche Kittel“ ...	117
b) Initiativrechtszuständigkeit .....	118
(1) Ausschließliche Zuständigkeit der Einzelbetriebsräte (Variante 1) .....	118
(2) Initiativrecht nach dem Prioritätsprinzip (Variante 2) .....	120
(3) Initiativrechtsermittlung anhand der Kompetenznormen (Variante 3) .....	121
c) Zuständigkeitsverlagerung durch Betriebsratsinitiative? .....	123
2. Systementscheidung des Arbeitgebers .....	125
a) Rechtsprechungsbeispiel „EDV-Zeiterfassung“ .....	125
b) Verhältnis zum Mitbestimmungsrecht .....	125
(1) Reaktiver Charakter der Mitbestimmung .....	125
(2) Beteiligungspflicht bei der Systementscheidung .....	127
c) Kompetenz-Kompetenz des Betriebsrats? .....	128
III. Wege des Systemeinflusses .....	129
1. Stufenweise Umsetzung .....	129
a) Zeitliche Dimension der Angelegenheit .....	129
b) Beispiel: Gestufter Personalabbau .....	130
c) Pilotregelung .....	131
2. „Freiwillige Beachtung“ .....	132
3. Konzeptionelle Bündelung .....	134
a) Versetzungsrunde .....	134
b) Einheitlicher Dotierungsrahmen .....	134

4. Wille zur Einheitlichkeit	136
a) Einheitlichkeit in der Rechtsprechung	136
(1) Ordnung des Unternehmens?	136
(2) Der Wille des Konzernarbeitgebers	137
b) Ausgewählte Gegenstände einheitlicher Geltung	141
(1) Ethikrichtlinien und Compliance	141
(2) Dienstkleidung	146
(3) Formalisierte Gespräche	148
c) Gefahr der Beliebigkeit (Willkür)	150
(1) Kein „Durchreichen nach unten“	150
(2) Bereichsausnahme	151
C. Zuständigkeit für die Ausgestaltung	152
I. Teilmitbestimmung	152
II. Echte Mitbestimmung	152
D. Gestaltung des Regelungsgegenstands am Beispiel ausgewählter Rechte	153
I. Betriebliches Vorschlagswesen	153
II. Vergütungssystem	156
III. Rauchverbot	158
E. Zwischenergebnisse § 4	159
<b>§ 5 Rechtsfolgen der Zuständigkeitsverlagerung</b>	162
A. Schicksal von Betriebsvereinbarungen	162
I. Ausgangslage: Normwirkung (§ 77 Abs. 4 BetrVG)	162
II. Schicksalsvarianten	162
1. Meinungsstand im Überblick	164
a) Schrifttum	164
b) Rechtsprechung	166
(1) Landesarbeitsgerichte	166
(2) Bundesarbeitsgericht	167
2. Konfliktlösungsinstrumente	168
a) Funktion von Kompetenzabgrenzung und Normenkollision	168
b) Voraussetzung: Identitätswahrung der Angelegenheit	170
III. Automatische Beendigung der „Alt-Vereinbarung“	172
1. Zuständigkeitswechsel als auflösende Bedingung	172
2. Zweckerreichung oder -fortfall als Ultima Ratio	173
a) Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	173
b) Ende der Tariföffnung	174
c) Betriebsstillegung	175
IV. Vertragspartnerwegfall als Legitimationsentfall	176
1. Wegfall einer Betriebspartei	176

a)	Regelungskontinuität durch Amtskontinuität? . . . . .	176
(1)	Grundsatz: Amtsunabhängigkeit der Betriebsvereinbarung . . . . .	176
(2)	Verlust der Betriebsratsfähigkeit . . . . .	177
(a)	Fortfall auf betrieblicher Ebene (§ 1 Abs. 1 BetrVG) . . . . .	177
(b)	Voraussetzungsentfall auf subsidiärer Ebene . . . . .	178
b)	Veränderung auf Seite des Arbeitgebers . . . . .	180
c)	Exkurs: Entfall einer Tarifpartei . . . . .	181
2.	Legitimation der Betriebsvereinbarung . . . . .	182
a)	Vertragsakzessorietät . . . . .	183
b)	„Tarifakzessorietät“ . . . . .	185
c)	Geltungserstreckung in der Rechtsprechung: „Ruheständler-Entscheidung“ des BAG . . . . .	185
d)	Vertrag und Repräsentation . . . . .	187
3.	Legitimation der Konzernbetriebsvereinbarung . . . . .	190
a)	Kompetenzdefizit auf der Arbeitgeberseite . . . . .	190
(1)	ANÜ: Kompetenzdefizit bei fehlender Verleiherlizenz . . . . .	190
(2)	Rechtsgrundlage der Normwirkung . . . . .	191
(3)	Konzern als betriebsvereinbarungsimmanente Grenze: „Magnetics-Entscheidung“ des BAG . . . . .	191
(4)	Bedeutung der „Konzernbetriebsautonomie“ . . . . .	193
b)	Legitimationsdefizit auf der Arbeitnehmerseite . . . . .	194
(1)	Grenzen der Vertragsakzessorietät . . . . .	194
(2)	Mittelbare Repräsentation? . . . . .	195
(3)	„Konzernbetriebsautonomie“ . . . . .	198
c)	Negative Legitimationsfunktion der Kompetenznormen . . . . .	199
V.	Verlagerungsrichtungen . . . . .	200
1.	Abwärtsverlagerung . . . . .	200
a)	Sektorale Teilbarkeit einer Betriebsvereinbarung . . . . .	200
(1)	Materielle Teilbarkeit . . . . .	200
(2)	Zuständigkeitsbindung der Ablösung . . . . .	201
(3)	Rückwirkende Ablösung . . . . .	202
(4)	Herabstufung der Alt-Betriebsvereinbarung . . . . .	203
b)	Fortgeltung auf niedrigerer Regelungsebene . . . . .	204
(1)	„Vertragseintritt“ der Neu-Zuständigen . . . . .	204
(2)	Nachwirkung als Auffangregelung . . . . .	205
(3)	Herabstufung auf „Mentee-Ebene“ . . . . .	207
2.	Aufwärtsverlagerung . . . . .	208
a)	Hochstufung der Alt-Vereinbarungen . . . . .	208
b)	Sonderfälle . . . . .	210
(1)	Geltungserstreckung auf Betriebe ohne Betriebsrat . . . . .	210



(2) „Erstarken“ von Delegationszuständigkeit .....	211
c) Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund .....	211
(1) Mögliche Bezugspunkte .....	211
(2) Nachwirkung der Nachwirkung .....	214
(3) Rechtsfolge „Vertragsanpassung“ .....	215
(4) Nachwirkungsausschluß .....	216
d) Freiwillige Betriebsvereinbarungen .....	216
(1) Nachwirkung analog § 4 Abs. 5 TVG .....	216
(2) Abgrenzung zur außerordentlichen Kündigung .....	217
(3) Zuständigkeitsverlagerung als wichtiger Kündigungsgrund ..	218
(4) Nachwirkungsvereinbarung .....	218
VI. Schicksal nachwirkender Betriebsvereinbarungen .....	219
B. Schicksal von Regelungsabreden .....	219
I. Rechtsnatur .....	219
II. Zuständigkeitsverlagerung .....	221
C. Zwischenergebnisse § 5 .....	222
<b>§ 6 Überblick: Zuständigkeitsverlagerung durch Umorganisation und Umstrukturierungen .....</b>	<b>226</b>
A. Zusammenhang von Organisations- und Vertretungsstruktur .....	226
B. Veränderungen auf Betriebsebene .....	227
I. Vertretungsstrukturänderung durch Verselbständigung ... ..	227
1. ... zum Betrieb (§ 1 Abs. 1 BetrVG) .....	227
2. ... zum Betriebsteil (§ 4 Abs. 1 BetrVG) .....	228
3. ... durch Beendigung eines gemeinsamen Betriebs .....	228
4. ... durch Auflösung des Einheitsbetriebsrats (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. a und b BetrVG) .....	229
II. Vertretungsstrukturänderung durch Selbstständigkeitsverlust .....	230
1. Betriebszusammenfassung durch Bündelung von Leitungsmacht ..	230
2. Anschluß des verselbständigten Betriebsteils .....	230
3. Betriebszusammenlegung durch Gemeinschaftsbetrieb .....	231
4. Betriebszusammenfassung (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. a und b BetrVG) ..	231
III. Zusammentreffen mit Arbeitgeberwechsel .....	233
1. Grundsatz: Vorrang des Regelmandats .....	233
2. Betriebsteilverselbständigung durch Betriebsteilübergang .....	234
3. Verlust der Selbständigkeit durch Betriebs(teil)zusammenfassung im Zuge eines Betriebsübergangs .....	234
4. Arbeitgeberwechsel und zusammenfassende Strukturvereinbarung (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. a und b und Nr. 2 BetrVG) .....	234
C. Veränderungen auf Unternehmensebene .....	236

I. Wechsel bei Betriebsübergang .....	236
II. Unternehmenszusammenführung .....	237
III. Erstmögliche Bildung oder Wegfall .....	238
IV. Gemeinschaftsunternehmen versus Gemeinschaftsbetrieb .....	238
D. Veränderungen auf Konzernebene .....	238
I. Errichtungsvoraussetzungen .....	238
II. Umstrukturierungsmaßnahmen .....	239
1. Anteilseignerwechsel (Share-deal) .....	239
2. Änderung der Beherrschungsverhältnisse .....	239
3. Umwandlungsvorgänge .....	240
III. Gewillkürte Gestaltung .....	240
1. (Teil)Beherrschungs- oder Entherrschungsvertrag .....	240
2. Beherrschung durch Stimmenmacht .....	242
IV. Vertretungsstruktur bei Auslandssachverhalten .....	242
1. Auslandsleitung und Gesamtbetriebsrat .....	242
2. Konzernbetriebsrat und Auslandskonzernspitze .....	244
V. Vertretungsstrukturänderung durch Insolvenz ... ..	244
1. ... des herrschenden Unternehmens .....	244
2. ... des beherrschten Unternehmens .....	245
VI. Veränderung von Mitbestimmungsrechten .....	245
1. Schwellenwerte .....	245
2. Verlust und Gewinn (Veränderung) des Tendenzschutzes .....	246
<b>§ 7 Zuständigkeitswechsel und Verfahren .....</b>	<b>247</b>
A. Schicksal laufender Verfahren bei Zuständigkeitswechsel .....	247
I. Schicksal von Mitbestimmungsverfahren .....	247
1. Prinzip: Verhandlungsabbruch .....	247
2. Schicksal von Betriebsratsbeschlüssen (§ 33 BetrVG) .....	248
3. Schicksal von Komplementärrechten .....	249
4. Früchte und Kosten (§ 40 Abs. 1 BetrVG) .....	249
II. Schicksal von Einigungsstellenverfahren .....	250
1. Zuständigkeitsverlagerung vor dem Spruch .....	250
2. Kontrolle von Einigungsstellensprüchen .....	252
III. Schicksal laufender Beschlußverfahren .....	253
1. Unterscheidung nach Verfahrensgegenstand .....	253
2. Abwicklung des Verfahrens durch Sach- oder Verfahrensentscheidung? .....	254
a) Einfluß auf die Zulässigkeit .....	254
b) Gewillkürte Verfahrensbeendigung .....	257
c) Beteiligtenwechsel .....	258

(1) In der Rechtsprechung .....	258
(a) BAG vom 18. 10. 1988 .....	258
(b) Personalvertretungsrecht .....	260
(2) Gesetzlich .....	260
(a) Rechtsnachfolge (§§ 265, 325 ZPO) .....	260
(b) Antragsänderung (§ 81 Abs. 3 ArbGG) .....	262
IV. Gefahr der Verfahrensverdopplung? .....	262
B. Kontrolle der Systementscheidung .....	264
I. Kontrollgegenstand: Unternehmerentscheidung .....	264
II. Rechtsschutz des beeinträchtigten Betriebsrats .....	265
III. Sanktionen für Kompetenzüberschreitung .....	265
1. Strafrechtliche Risiken für den unzuständigen Betriebsrat .....	265
2. § 23 Abs. 1 BetrVG .....	265
<b>Ergebnisse .....</b>	<b>266</b>
<b>Anlage: Fragenkatalog .....</b>	<b>275</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>277</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>291</b>